

# Martin Pfister – der neue Ruedi Minger?

Der Verteidigungsminister sieht in der heutigen Krisenzeit Parallelen zu den 1930er Jahren – die Ähnlichkeiten sind frappant



General Henri Guisan (links) und Altbundesrat Rudolf Minger an den Feierlichkeiten zum Ende des Aktivdienstes im August 1945.

HANS GERBER / DOELF MEIER / KEYSTONE

RUDOLF JAUN

«Wir haben bereits Krieg in Europa – in der Ukraine. Parallelen zu den 1930er Jahren sind unverkennbar. In der ersten Hälfte des Jahrzehnts hat auch die Schweiz die Kriegsgefahr damals verdrängt. Erst in der zweiten Hälfte begann man sich vorzubereiten.» Das sagte Verteidigungsminister und Historiker Martin Pfister an seiner 1.-August-Rede. In einem Interview in der NZZ kam er vergangene Woche erneut auf diese Analogie zu sprechen. Doch trifft sie auch zu?

Damals, in den dreissiger Jahren, amtierte Bundesrat Rudolf Minger als Chef des Eidgenössischen Militärdepartements (EMD). Ein Departement, dessen Führung schon damals keine Lorbeeren versprach und dessen Finanzierung prekär war. Karl Scheurer, Mingers Vorgänger, hatte an Silvester 1928 in seinem Tagebuch notiert: «Ich leide in meinem Amt vorab an dem Widerstreit der Meinungen und Aufgaben. Das Schwerste ist nicht der daraus sich ergebende ständige Kampf, sondern das niederdrückende Gefühl, dass ich für die Landesverteidigung verantwortlich bin und doch die Mittel nicht bekomme, die zur Erfüllung der Pflicht unbedingt nötig sind.»

Als Rudolf Minger 1930 das Amt antrat, war für ihn klar, dass er möglichst schnell die politische Blockade überwinden musste. Auch die Landesverteidigungskommission, die Versammlung der Korpskommandanten, also der höchsten Offiziere der Schweiz, hielt fest: «Wir stehen vor der Tatsache, dass wir für den Ernstfall ganz ungenügend vorbereitet sind.» Das hatte nicht nur mit den Linken zu tun, die sich gegen die Aufrüstung der Armee wehrten. Sie hatten im Parlament keine Mehrheit. Es brauchte Konservative und Linksfreisinnige aus dem «Bürgerblock», damit die sozialistischen Ablehnungsanträge durchkamen. 1928 wurde sogar entschieden, dass das Militärbudget von 92 Millionen Franken auf ein ständiges Niveau von 85 Millionen gesenkt wird. Die Armee war in einem miserablen Zustand.

Rudolf Minger, ein ausgebildeter Landwirt mit Hof im bernischen Schüpfen, von allen Ruedi genannt, hatte also keine leichte Aufgabe vor sich. Wie sich

zeigen wird, war es massgeblich ihm zu verdanken, dass die Bedeutung der militärischen Landesverteidigung gestärkt wurde, in der gesamten Bevölkerung, insbesondere aber bei den Linken.

## Werbetour im Volk

Für Minger war klar, dass es nicht genügte, die Reihen des Bürgerblocks zu schliessen, sondern auch die Arbeiterschaft für eine «Wiederaufrüstung» der Schweizer Armee gewonnen werden musste. Als Auftakt zu seiner Kampagne im Volk gilt die «Gränicher Rede» vom 26. Oktober 1930. In Gränichen trat Minger zum Rededuell gegen den Aargauer SP-Nationalrat Arthur Schmid an. Das Publikum war gespannt, wer die besseren Argumente vorbringen konnte – für oder gegen Mehrausgaben bei der Armee. Minger überzeugte die Arbeiter mehr, jedenfalls gemessen am Applaus.

Geschickt wies er auf den «Ausbau unseres Sozialstaates» hin: «Was wir hierin erreicht haben, hat nur einen Sinn, wenn wir die Früchte ungestört im Frieden geniessen können.» Und er hielt fest, dass die Militärkredite kein weggeworfenes Geld seien. 90 Prozent davon blieben im Land, verschafften dem Volk Arbeit und Verdienst und befruchteten das Wirtschaftsleben, was in einer Krisenzeit besonders zu schätzen sei. Sein strategisches Credo lautete: «Wir sind zufrieden, wenn uns die Grossmächte in Ruhe lassen. Aber diese Ruhe müssen wir mit unserer bewaffneten Neutralität erkaufen.»

Mit diesen Botschaften tingelte Bundesrat Minger in den folgenden Jahren durchs Land. Das hatte es noch nie gegeben, dass sich ein Mitglied der Landesregierung in «Volksversammlungen» den Massen stellte. Minger hatte mit seiner bodenständigen Art Erfolg. Die politische Entwicklung in den Nachbarländern – der Faschismus in Italien, die Machtergreifung Hitlers in Deutschland, die heftigen Parteienkämpfe in Frankreich – unterstrich die Dringlichkeit seiner Worte.

Doch mit Reden allein war die Armee nicht plötzlich besser ausgerüstet. Es brauchte Geld. Bis 1933 wurde das weiterhin auf 85 Millionen be-

grenzte Militärbudget nur überschritten, um den grössten Abbau am Material der Armee aufzufangen. Eine Ausnahme bildete die Beschaffung einer ersten Flotte von Flugzeugen für 20 Millionen Franken im Jahr 1930. Dann wurde klar, dass eine Neuausstattung der Armee mit modernen Waffensystemen den Weg ausserordentlicher Militärkredite erforderte. 1933 bewilligte das Parlament einen Sonderkredit von 97 Millionen für einen Ausbau schwerer Infanteriewaffen (Minenwerfer, Infanteriekanonen). Damit erreichte die Infanterie – und die Schweizer Armee war primär eine Infanteriearmee – technologisch gerade einmal das Niveau der kriegführenden Armeen am Ende des Ersten Weltkriegs 1918. Nach wie vor sollte die ungenügende Bewaffnung der Schweizer Armee durch die «dynamische Beweglichkeit» und die Kampftüchtigkeit der Offiziere und Soldaten kompensiert werden.

Doch längst hatte sich gezeigt, dass neue Waffentypen das Gefechtsfeld beherrschen: Kampfflugzeuge und Panzer sowie deren Verwendung im Kampf als «verbundene Waffen». Gegen diese Kampfverbände reichte eine «dynamische Beweglichkeit» der Infanterie nicht mehr aus. Panzerabwehr und Fliegerabwehr sowie Luftverteidigung wurden zu den beherrschenden Themen der Neuausstattung der Schweizer Armee.

## Wehranleihen als Lösung

Doch wie finanzieren? Für die Beschaffung dieser modernen Waffensysteme musste zu neuen Methoden gegriffen werden: Wehranleihen. Im Juni 1936 bewilligte das Parlament ein ausserordentliches Rüstungsprogramm über 235 Millionen Franken. Der Bundesrat legte eine Wehranleihe auf, die mit 3 Prozent verzinst wurde. Die auch in kleiner Stückelung erwerblichen Wertpapiere wurden mit 100 Millionen überzeichnet: ein Manifest des Wehrwillens der Schweizer Bevölkerung. Weitere Wehranleihen folgten in den Jahren 1937 und 1938 für rund 100 Millionen Franken. Daneben wurde eine «neue, ausserordentliche Kriegssteuer» eingeführt, die zwischen 1934 und 1940 als Krisenabgabe und ab 1941 als «Wehr-

steuer» in der Form einer befristeten direkten Bundessteuer erhoben wurde.

Für Neubeschaffungen von Waffensystemen war spätestens ab 1936 Geld vorhanden. Es stellte sich nun aber die Frage, was in einer Periode europäischer Hochrüstung überhaupt noch beschafft oder in Lizenz hergestellt werden konnte. Dies gelang angesichts des ausgetrockneten Rüstungsmarktes nur beschränkt: Zur Ergänzung der veralteten Feld- Artillerie konnten moderne Kanonen des schwedischen Herstellers Bofors beschafft werden. 1937 folgten 20-mm-Flab-Kanonen der Firma Bührle sowie weitere Fliegerabwehrgeschütze der Eidgenössischen Waffenfabrik Bern. Nach dem Vertrag für die Lizenzfertigung von Morane-Saulnier-Kampfflugzeugen konnten 1938 in Deutschland überraschenderweise insgesamt 99 Messerschmitt-Jagdflugzeuge beschafft werden, da das «Dritte Reich» dringend Devisen benötigte.

«Vergeblich suchen wir in den Rüstungsprogrammen eine Vermehrung der Panzerabwehrwaffen und die Schaffung von Kampfpanzerverbänden», schrieb der spätere Generalstabschef Hans Senn in einer Studie über die Verteidigungsbereitschaft zwischen den beiden Weltkriegen. «Bei Kriegsausbruch war die Schweizer Armee somit denkbar schlecht für die Abwehr eines (...) Blitzkrieges ausgerüstet.»

Und dies nicht, weil das Geld gefehlt hätte, sondern weil angesichts des nahenden Krieges der Schweiz niemand mehr Panzerabwehrwaffen und Panzer liefern wollte. Kompensatorisch setzte in den Jahren 1939/40 eine intensive Bauphase militärischer Kampfbauten entlang der Limmat ein, welche nach dem Bezug der Zentralraumstellung 1940 noch einmal zunahm. Neben zahlreichen Artilleriefestungen und Sperrstellen wurden im Reduit auch sechzehn Militärluftplätze und elf Zeughäuser gebaut.

## Ausgetrockneter Rüstungsmarkt

Welche Parallelen zu heute lassen sich aus diesem historischen Abriss der Aufrüstung der Schweizer Armee in den 1930er Jahren ziehen?

Bevor Vergleiche angestellt werden, ist in Rechnung zu stellen, dass es seit 2022 – dem Beginn des Ukraine-Kriegs – nicht mehr nur um die Wiederinstandstellung einer Landarmee mit einigen Fliegertrupps geht wie 1930. Sondern vor allem um die Bereitstellung von zusätzlichen Fähigkeiten in der Flugabwehr (Drohnen, Raketen und Marschflugkörper) und dem Cyberraum. Die Alimentierung mit den notwendigen Finanzmitteln dürfte nur mit differenzierten Alternativkostenrechnungen zu ermitteln sein, die zeigen, was nicht angeschafft werden kann, wenn ein bestimmtes System angeschafft wird. Zudem hat heute die Frage des Mitwirkens in der europäischen Sicherheitsarchitektur einen ganz anderen, neuartigen Stellenwert. Für Bundesrat Minger war «Sicherheitspolitik» identisch mit Schweizer Militärpolitik.

Doch die Ähnlichkeiten zwischen damals und heute sind frappant: Zu nennen ist etwa die «Friedensdividende» avant la lettre in den 1920er Jahren, die Bevölkerung und Politik in falscher Sicherheit wiegte. Auch das politische Ringen um die Finanzierung eines raschen Wiederaufbaus mit modernsten Waffensystemen und die Ablehnung, die Störmanöver und die Rückzugsgefechte der linken Armeegegner damals und heute gleichen sich. Eine Parallele zeigt sich zudem beim internationalen Rüstungsmarkt, der Ende der 1930er Jahre ausgetrocknet war und auf dem die Schweiz auch gegenwärtig nicht erste Priorität hat und hinterstehen muss. Sicher ist: Die Probleme sind nicht kleiner als diejenigen, mit denen Bundesrat Minger kämpfen musste. Umso spannender die Frage: Wird Bundesrat Pfister der neue Minger?

Rudolf Jaun ist emeritierter Professor für Geschichte der Neuzeit und Militärgeschichte der Universität Zürich und Verfasser des Standardwerks «Geschichte der Schweizer Armee – vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart».